

# Internationale Tendenzen und Potentiale der Vermögensbesteuerung

Jakob Kapeller, Bernhard Schütz und Florian Springholz

## **Internationale Tendenzen und Potentiale der Vermögensbesteuerung<sup>#</sup>**

*Jakob Kapeller<sup>\*</sup>, Bernhard Schütz<sup>\*\*</sup> und Florian Springholz<sup>\*\*\*</sup>*

### **Abstract**

Dieser Beitrag interessiert sich für die Entwicklung der Verteilung (Geschichte) und das Potential der Besteuerung von Vermögen und diskutiert diese Fragen mit Rückgriff auf neuere Forschungsergebnisse. Dabei wird das gesellschaftspolitische Potential einer direkten Vermögensbesteuerung vor dem Hintergrund steigender Vermögensungleichheit ebenso diskutiert wie die zu erwartenden Aufkommen einer solchen direkten Vermögensbesteuerung. Die Berechnung des Aufkommenspotentials erfolgt dabei anhand von verschiedenen hypothetischen Steuermodellen. In einem zweiten Schritt werden diese Ergebnisse mit den tatsächlichen Tendenzen der Vermögensbesteuerung innerhalb der OECD Länder kontrastiert. Hier zeigt sich, dass der Beitrag von vermögensbezogenen Steuern (=Summe von Grund-, Erbschafts-, Schenkungs- und Nettovermögenssteuern) am gesamten Steueraufkommen über die letzten Jahrzehnte zurückgeht und in den meisten Ländern eher niedrig ausfällt. Eine mögliche Erklärung hierfür liegt im – auch steuerpolitisch geführten – Standortwettbewerb. Bemerkenswert ist dabei vor allem die Sonderrolle der Schweiz und Luxemburg, die im Vergleich zum OECD Durchschnitt um ein vielfaches höheres Aufkommen (relativ zum BIP) aus direkter Vermögensbesteuerung lukrieren können.

---

<sup>#</sup> Zur Veröffentlichung vorgesehen im *Handbuch Reichtum*, Studienverlag. Herausgegeben durch den Beirat für gesellschafts-, umwelt- und wirtschaftspolitische Alternativen.

<sup>\*</sup> Jakob Kapeller ist Philosoph und Ökonom am Institut für Philosophie und Wissenschaftstheorie sowie dem Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft (ICAE) der Johannes Kepler Universität Linz, jakob.kapeller@jku.at.

<sup>\*\*</sup> Bernhard Schütz ist Ökonom am Institut für Volkswirtschaftslehre sowie dem Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft (ICAE) der Johannes Kepler Universität Linz, bernhard.schuetz@jku.at.

<sup>\*\*\*</sup> Florian Springholz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft (ICAE) der Johannes Kepler Universität Linz, florian.springholz@jku.at.

## **1. Tendenzen der Vermögensverteilung: Zur Konzentration und Akkumulation von Vermögenswerten**

Die Verteilung von Vermögen ist über die letzten Jahrzehnte sowohl auf nationalstaatlicher Ebene als auch aus globaler Perspektive deutlich ungleicher geworden – und das obwohl die gesamten Vermögenswerte in diesem Zeitraum stetig gestiegen sind. Diese Entwicklung ist insofern bemerkenswert als sie zeigt, dass die wesentlichen Tendenzen der Vermögensbildung und -verteilung auch im 21. Jahrhundert mit den traditionellen Konzepten der Akkumulation (z.B. Marx 1957, 308ff.), also der Zunahme der gesamten Vermögenswerte, und der Konzentration, also der Steigerung des relativen Anteils der vermögendsten Personen und Gruppen einer Gesellschaft am gesamten Vermögen, erfasst werden können (vgl. Piketty 2014, Kapeller/Schütz 2015). Die zentralen ökonomischen Mechanismen hinter dieser Entwicklung sind eine stetig zunehmende Produktivität, die es erlaubt immer mehr und neue reale Vermögenswerte zu schaffen, steigende Werte von Anlagen im Bereich des Finanzvermögens (mit periodischen Einbrüchen, z.B. im Kontext der Finanzkrise) und die selbstverstärkenden Wirkungen bereits bestehender Vermögensbestände. So gehen große Vermögen – frei nach dem Motto „wer hat, dem wird gegeben“ – meist auch mit hohem (Kapital-)Einkommen einher und vergrößern sich daher schneller als das durchschnittliche Haushaltsvermögen (Rigney 2010, Piketty 2014). Dabei erklären die ersten beiden Mechanismen die Tendenz zur weiteren Akkumulation von Vermögen, während der letztgenannte Zusammenhang als zentrale ökonomische Triebkraft der Vermögenskonzentration fungiert, die von weiteren Mechanismen sozialer Reproduktion verstärkt werden kann (Bourdieu 1983). Vor diesem theoretischen Hintergrund werden auch typische empirische Eigenschaften von Vermögensverteilungen sowie deren historische Persistenz besser verständlich. Der Umstand etwa, dass die „untere Hälfte“ der Bevölkerung niemals in der Geschichte ein nennenswertes Vermögen besessen hat, oder die Tatsache, dass die Abstände zwischen mittleren Vermögen und den Top-Vermögen viel größer sind als im Bereich der Einkommen (Davies/Shorrocks 2000), lässt sich mit den hier postulierten Mechanismen problemlos in Einklang bringen.

Wie bereits angedeutet, fügen sich auch die empirischen Erkenntnisse der letzten Dekaden weitgehend harmonisch in das hier skizzierte theoretische Grobgerüst ein (Piketty/Zucman 2014, Saez/Zucman 2016). So besaß laut Piketty (2014) im Jahr 1970

das reichste Prozent der Bevölkerung in Europa zwischen 18% (Schweden) und 23% (Großbritannien) des privaten Vermögens, während die gleiche Gruppe in den USA 28% für sich verbuchen konnte. Vier Jahrzehnte später sind die Vermögensanteile des obersten Perzentils merklich angewachsen und liegen bei 21% (Schweden), 27% (Großbritannien) und 33% (USA; siehe Tabelle 1).<sup>1</sup> Allerdings sind diese Werte aus zumindest zwei Gründen mit einer gewissen Vorsicht zu behandeln: Zum einen gilt privates Vermögen in vielen Ländern nach wie vor als politisches Tabuthema, das weder steuerlich-administrativ, noch durch etwaige Forschungsbemühungen adäquat und präzise erfasst wird. Zum anderen ist die Erfassung von Vermögen und seiner Verteilung mit einer Reihe von praktischen Schwierigkeiten im Bereich der Erhebung und Bewertung von Vermögenswerten gekennzeichnet, die insbesondere große Vermögen betreffen. Neben konkreten Bewertungsproblemen – wie etwa ist ein laufender Eigenbetrieb vermögenstechnisch genau zu bewerten – stellen sich hier aufgrund der ungewöhnlichen Struktur der Vermögensverteilung auch spezielle statistische Herausforderungen. So ist die etwa die genaue Erfassung von Vermögen an den Rändern der Verteilung (also im Bereich besonders großer Verschuldung und besonders hoher Vermögen) mit klassischen Methoden der repräsentativen Stichprobenziehung kaum zu bewältigen (Eckerstorfer et al. 2015), weil die Vermögen am oberen Rand so stark konzentriert sind, dass die Wahrscheinlichkeit gering ist, dass die reichsten Haushalte einer Bevölkerung in einer entsprechenden Stichprobe einigermaßen adäquat abgebildet sind (vgl. Eckerstorfer et al. 2015). Darüber hinaus verweigern vermögende Menschen auch mit größerer Häufigkeit die Teilnahme (siehe beispielhaft OeNB 2016, 5). Im Ergebnis werden die Vermögensanteile der reichsten Haushalte – und damit auch andere Schätzwerte, etwa jene zum Durchschnittsvermögen – nicht exakt genug erfasst und daher zumeist unterschätzt.

Daher ist es wenig überraschend, dass die Datenlage zu Vermögensfragen zumeist dann besonders verlässlich ist, wenn Vermögens- oder Erbschaftssteuern existieren, in deren Rahmen die privaten Vermögen bekannt gegeben werden müssen. Liegt weder das eine noch das andere vor (wie es in Österreich derzeit der Fall ist) oder sind die Besteuerungsformen zu lückenhaft ausgestaltet, sodass die administrativen Daten keinen Gesamtüberblick auf die Vermögenssituation der Haushalte zulassen, muss sich

---

<sup>1</sup> Siehe <http://piketty.pse.ens.fr/files/capital21c/en/pdf/supp/TS10.1.pdf>.

die quantitative Forschung notgedrungen auf Umfragedaten beschränken. Dies führt zu einer oftmals unzureichenden und fragmentarischen Datenlage, die je nach Forschungsinteresse und Standpunkt unterschiedlich interpretiert wird. Die nachfolgende Tabelle 1 fasst eine Reihe von Ergebnissen jüngerer Studien zum Anteil des reichsten Perzentils (also des obersten Prozents der Haushalte in der Vermögensverteilung) der Bevölkerung am Gesamtvermögen zusammen. Dabei werden die Umfragedaten des US-amerikanischen Survey of Consumer Finances (SCF) sowie des europäischen Household Finance and Consumption Survey (HFCS) anderen Studien gegenübergestellt, die versuchen für die zuvor erwähnte Untererfassung von Vermögen mittels unterschiedlicher statistischer Verfahren zu korrigieren (Vermeulen 2014, 2016; Bach et al. 2015; und Eckerstorfer et al. 2015) oder in ihren Berechnungen vorwiegend auf Steuerdaten zurückgreifen (Piketty 2014). Damit illustriert Tabelle 1 nicht nur den aktuellen Stand der Forschung zur Vermögensverteilung im internationalen Vergleich, sondern eignet sich auch, die bestehenden Unsicherheiten bei der Erfassung von Vermögen und seiner Verteilung zu illustrieren, in dem die Bandbreite unterschiedlicher Schätzungen für eine Reihe von Ländern dargestellt wird.

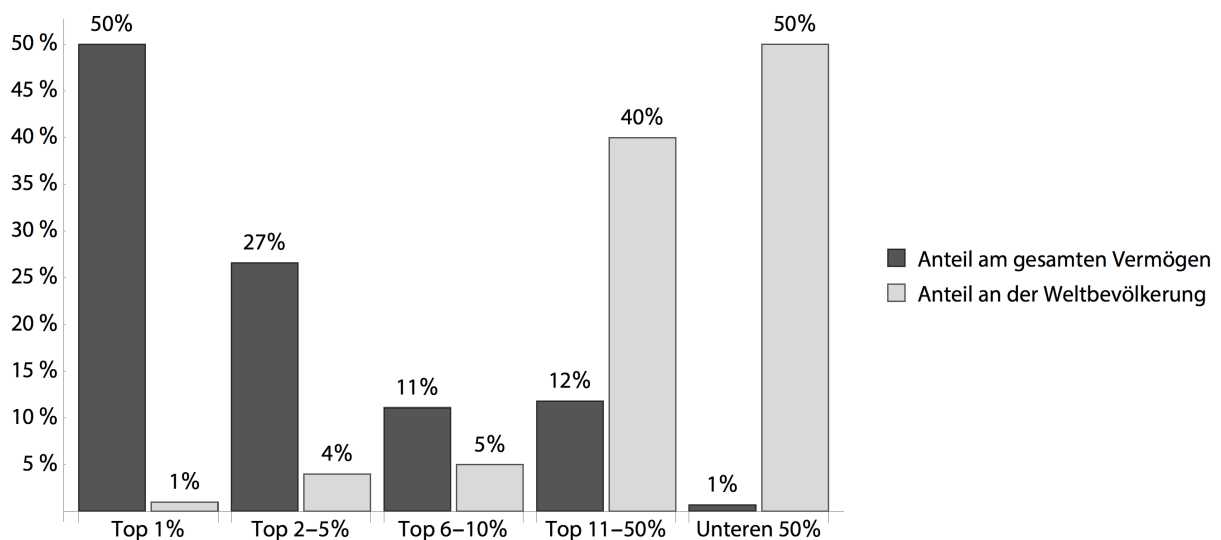
	<i>SCF (2010)</i>	<i>HFCS (2011)</i>	<i>Vermeulen (2014, 2016)</i>	<i>Bach et al. (2015)</i>	<i>Eckerstorfer et al. (2015)</i>	<i>Piketty (2014)</i>
<i>Deutschland</i>		24%	30%-31%	33%		
<i>Finnland</i>		12%	15%-16%			
<i>Frankreich</i>		18%	20%-22%	21%		24%
<i>Griechenland</i>		8%		12%		
<i>Großbritannien</i>						28%
<i>Italien</i>		14%	21%-21%			
<i>Niederlande</i>		9%	14%-17%			
<i>Spanien</i>		15%	16%-18%	17%		
<i>Schweden</i>						21%
<i>Österreich</i>		23%	31%-34%		38%	
<i>USA</i>	34%		35%-37%			34%

**Tabelle 1: Anteil des reichsten Perzentils am (Netto-)Gesamtvermögen**

Für die Politik ist Wissen über die Vermögensverteilung aus zumindest zwei Gründen relevant: Zum einen schafft es Bewusstsein über das Ausmaß und die Entwicklung der Konzentration von Vermögen und damit auch über die Verteilung von Macht und

Chancen in einer Gesellschaft. Aus dieser Perspektive bildet Wissen über den Bestand und die Verteilung von Vermögen eine wesentliche Grundlage für einen aufgeklärten demokratischen Diskurs über Vermögensfragen sowie für die mögliche Umsetzung einer stärker egalitär orientierten Gesellschaftspolitik. Zum anderen bieten diese Daten eine kalkulatorische Basis für die Steuerpolitik in Zeiten in denen staatliche Haushalte zusehends in die Defensive geraten. Denn schließlich kann das Wissen um Vermögensbestände und deren Besitzverhältnisse auch dazu eingesetzt werden, das Aufkommenspotential von vermögensbezogenen Steuermodellen abzuschätzen.

Gerade bei der Diskussion national bestimmter Verteilungsmaße ist darauf hinzuweisen, dass diese Maße zumeist insofern zu kurz greifen, als dass die Vermögenskonzentration in Zeiten der Globalisierung ebenso eine globale Angelegenheit geworden ist. Richten wir also den Fokus auf die globale Ebene, so zeigt sich, dass das reichste Prozent der Weltbevölkerung etwa 50% des globalen Vermögens besitzt, während 90% der Weltbevölkerung lediglich 13% des Gesamtvermögens und die ärmsten 50% gerade einmal 1% dieses Vermögens für sich beanspruchen können. (siehe Abbildung 1 bzw. den Beitrag von Karin Fischer in diesem Band).



**Abbildung 1: Weltvermögensverteilung**  
**Daten: Credit Suisse World Wealth Report, Databook, S. 149**

Bei näherer Betrachtung von Abbildung 1 wird klar, dass nur ein Bruchteil der Weltgesellschaft über ein nennenswertes Vermögen verfügt – die eigentümliche Dynamik der Vermögensverteilung, die dazu führt, dass sich ein signifikanter Teil des

Vermögens bei wenigen Haushalten konzentriert, während weite Teile der Bevölkerung ohne signifikantes Vermögen verbleiben, zeigt sich auf globaler Ebene in verschärfter Form. Diese Konzentrationstendenz macht Vermögensbestände aber auch zu einem interessanten Besteuerungsobjekt: Schließlich ließen sich durch eine Besteuerung von Vermögen demzufolge durchaus relevante Aufkommen generieren, ohne dabei die breite Bevölkerung zu belasten. In den folgenden beiden Kapiteln nehmen wir daher das Potential und die tatsächliche Entwicklung der Besteuerung von Vermögen innerhalb der OECD-Länder in den letzten Dekaden in den Blick. Dabei wird die Frage beantwortet, inwieweit der Anstieg der Vermögensbestände die steuerliche Attraktivität der Vermögensbesteuerung generell erhöht hat (Potential der Vermögensbesteuerung) und ob sich diese Tendenz auch in entsprechend höhere Aufkommen aus Vermögenssteuern übersetzt (Praxis der Vermögensbesteuerung).

## **2. Potentiale der Vermögensbesteuerung**

Im politisch-strategischen Sinne gedacht ist das Potential der Vermögensbesteuerung vielschichtig und divers: Vermögensbesteuerung erlaubt es nicht nur Steueraufkommen zu generieren um andere Steuerträger relativ zu entlasten, sondern ermöglicht auch eine indirekte Beeinflussung der Vermögensbestände und ihrer Verteilung und kann so zur Erreichung gesellschaftspolitischer Zielsetzungen wie Chancengleichheit, Vermögenstransparenz, Verteilungsgerechtigkeit oder sozialer und ökonomischer Stabilität beitragen. In einer engeren finanzwissenschaftlichen Sicht ist der naheliegende Gedanke freilich unter dem „Potential der Vermögensbesteuerung“ vor allem das Aufkommenspotential einer solchen Steuer zu verstehen. Zur präzisen theoretischen Bestimmung dieses Aufkommenspotentials sind dabei, neben den bereits thematisierten Schwierigkeiten im Bereich der Datenlage, auch die Details der gesetzlichen Ausgestaltung von Vermögenssteuern sowie legales Ausweich- und illegales Hinterziehungsverhalten (Zucman 2014) zu berücksichtigen. Im Folgenden wird von diesen Schwierigkeiten abgesehen und eine auf einfachen Annahmen beruhende Berechnungsmethode zur Errechnung des zu erwartenden Steueraufkommens auf Basis von Verteilungsdaten vorgeschlagen.<sup>2</sup> Konkret lässt eine obere Schwelle des potentiellen

---

<sup>2</sup> Im Folgenden wird angenommen, dass das gesamte Vermögen einer Besteuerung unterzogen wird – hinsichtlich der genauen regulatorischen Ausgestaltung liefert nachstehende Vorgangsweise also eine Art obere Schwelle für mögliche Steuereinnahmen. Eine weitere wichtige Annahme lautet, dass die Daten weitgehend korrekt sind, da sich Verzerrungen in den Daten konsequent in verzerrte Schätzwerte übersetzen (siehe dazu Abschnitt 1).

Ertrags einer Besteuerung das Nettovermögen ( $V_{topx\%}$ ) einfach nach folgender Formel berechnen:

$$V_{topx\%} = (W_{topx\%} - FB_{topx\%} \cdot n_{topx\%}) \cdot t_v$$

Dabei muss ein Steuersatz  $t_v$  festgelegt werden und entweder ein gewünschter Freibetrag  $FB_{topx\%}$  („Eine Steuer ist für alle Vermögenswerte  $> FB_{topx\%}$  zu entrichten“) oder eine Perzentilgrenze  $x$  („Die oberen  $x\%$  sollen von der Besteuerung betroffen sein“) bestimmt werden. Die beiden letzten Variablen stehen dabei in einer klar definierten Relation – eine der beiden Variablen ist, nach Festlegung der anderen, aus den Daten zu bestimmen. Die Bemessungsgrundlage ergibt sich in der Folge aus dem Gesamtvermögen der obersten  $x\%$  ( $W_{topx\%}$ ) abzüglich des Freibetrages ( $FB_{topx\%}$ ; entspricht der  $x\%$ -Perzentilgrenze) multipliziert mit der Anzahl der Personen in diesem Segment ( $n_{topx\%}$ ). Die Multiplikation mit dem Steuersatz ( $t_v$ ) ergibt das Aufkommen ( $V_{topx\%}$ ). Würde man beispielsweise in Deutschland das Aufkommenspotential einer Vermögenssteuer schätzen, die nur das reichste Prozent der Bevölkerung trifft, so müsste man nach Bach et al. (2015) einen Freibetrag von  $FB_{top1\%}=1.887.000$  EUR wählen (siehe Tabelle 2) um sicherzustellen, dass nur Haushalte aus dem reichsten Perzentil die entsprechende Steuer tragen. Trotz der geringen Zahl an betroffenen Personen würde in diesem Szenario ein beachtlicher Vermögensbestand (2.114 Mrd. EUR) der Besteuerung unterzogen werden.

Auf ähnliche Weise ist es möglich, das Aufkommen einer möglichen Erbschaftssteuer ( $E_{topx\%}$ ) zu schätzen. Hierfür muss die obige Rechnung lediglich um die jährliche Sterblichkeitsrate erwachsener Personen ( $m$ ) und das Verhältnis der Vermögen der Toten zum Vermögen der Lebenden ( $\mu$ ) erweitert werden um das steuerliche Potential im Bereich der Erbschaften abschätzen zu können (vgl. Piketty 2011):

$$E_{topx\%} = (W_{topx\%} - FB_{topx\%} \cdot n_{topx\%}) \cdot m \cdot \mu \cdot t_e$$

Im Folgenden werden verschiedene solcherart berechnete Steuerszenarien für die Länder Deutschland, Frankreich, Spanien Griechenland und Österreich vorgestellt. Als Datenquelle für die ersten vier Länder dient dabei die Studie von Bach et al. (2015), da diese genaue Angaben über die für die Berechnungen notwendigen oberen Perzentilgrenzen macht (siehe Tabelle 2), während die Steuerberechnungen für



Österreich aus der Studie von Eckerstorfer et al. (2014) stammen. Beide erwähnten Studien beruhen auf Daten des HFCS und verwenden taugliche statistische Verfahren um für die eingangs besprochene Untererfassung von Vermögen am oberen Rand zu korrigieren. Daher sind nachfolgenden Werte tendenziell als Obergrenzen zu verstehen: sie beruhen zwar auf vergleichsweise verlässlichen Daten, gehen aber immer von einer Besteuerung des gesamten Vermögens aus ohne eventuelle Ausweicheffekte oder steuerliche Ausnahmen zu berücksichtigen.

	Deutschland	Frankreich	Spanien	Griechenland
Gesamt(netto)vermögen (EUR)	8.755 Mrd.	6.767 Mrd.	5.071 Mrd.	634 Mrd.
Anzahl der Haushalte:	39.673.000	27.860.408	17.017.706	4.114.150
Anteil Top1%	32,7%	21,0%	16,7%	11,7%
Schwelle Top1% (EUR)	1.887.000	1.779.000	1.862.000	875.000
Anteil Top2,5%	42,3%	29,6%	23,8%	19,3%
Schwelle Top2,5% (EUR)	1.063.000	1.096.000	1.152.000	648.000
Anteil Top5%	51,7%	38,8%	32,1%	28,2%
Schwelle Top5% (EUR)	668.000	762.000	867.000	469.000

Tabelle 2: Verteilungsdaten auf Bach et. al. (2015)

Die Tabellen 3 und 4 zeigen die projizierten Einkünfte für eine Reihe von Steuermodellen, wobei sich die Modelle V-VII an dem ambitionierten Vorbild der vielzitierten *Globalen Vermögenssteuer* von Piketty (2014, 517) orientieren. Letzterer schlägt eine global geltende Steuer auf alle Nettovermögen über einer Million EUR vor. Alternativ kann er sich aber auch einen Steuertarif zwischen 0,1%-0,5% auf Nettovermögen unter einer Million EUR vorstellen. Für alle Nettovermögen darüber schlägt er einen Steuersatz von 1% zwischen 1-5 Millionen EUR und 2% ab 5 Millionen EUR vor, bzw. könnte man laut ihm auch über progressivere Systeme wie z.B. Sätze von 5-10% auf Vermögen über einer Milliarde EUR nachdenken. Der Vorteil einer globalen Vermögenssteuer wäre im Falle ihrer Umsetzung natürlich der, dass diese nicht mehr durch Verlagerung des Vermögens umgangen werden könnte und somit auch Ausweicheffekte und Steuerhinterziehung in ihrer Bedeutung abnehmen würden.

Bei den in Tabelle 3 angeführten Erbschaftsteuermodellen kommen naturgemäß höhere Steuersätze zur Anwendung, da hier die Frequenz der Besteuerung eine viel geringere ist. Insbesondere Modell II, das von einem Steuersatz von 60% ausgeht, basiert auf einem Ergebnis der konventionellen Finanzwissenschaft: So finden Piketty und Saez (2013) auf Basis von Daten für Frankreich und den USA, dass der optimale

Erbschaftsteuertarif für größere Erbschaften bei zumindest 50-60% liegt. Dieses Ergebnis folgt aus der Annahme, dass die ungleiche Verteilung von Erbschaften mit dem Bedürfnis einer Gesellschaft nach Chancengleichheit systematisch kollidiert. Mit anderen Worten: in Gesellschaften in denen eine Präferenz für Chancengleichheit besteht, führt eine Besteuerung von Erbschaften zu einer Verbesserung der allgemeinen Wohlfahrt.

Vermögenssteueraufkommen (in Mrd. EUR und in %BIP):

	Deutschland	Frankreich	Spanien	Griechenland
I: Top1% mit 1%	21,1 0,8%	9,3 0,5%	5,3 0,5%	0,4 0,2%
II: Top5% mit 1%	32,0 1,2%	15,6 0,8%	8,9 0,8%	0,8 0,3%
III: Top5% mit 1%, Top 1% mit 2%	53,2 2,0%	24,9 1,3%	14,2 1,3%	1,2 0,5%
IV: Top5% mit 2%	64,0 2,4%	31,3 1,6%	17,8 1,6%	1,6 0,7%
V: Alle Vermögen mit 0,1%, Top 2,5% mit 1%, Top1% mit 2%	54,5 2,0%	27,7 1,4%	17,1 1,6%	1,6 0,7%
VI: Alle Vermögen mit 0,25%, Top 2,5% mit 1%, Top1% mit 5%	128,2 4,7%	64,48 3,3%	40,1 3,7%	3,6 1,5%
VII: Alle Vermögen mit 0,5%, Top 2,5% mit 1%, Top1% mit 10%	251,1 9,3%	125,8 6,5%	78,2 7,3%	7,1 3%

Erbschaftssteueraufkommen (in EUR und in %BIP):

I: Top5% mit 20%	16,9 Mrd. 0,6%	8,3 Mrd. 0,4%	4,7 Mrd. 0,4%	0,4 Mrd. 0,2%
II: Top5% mit 60%	50,7 Mrd. 1,9%	24,8 Mrd. 1,3%	14,1 Mrd. 1,3%	1,3 Mrd. 0,6%

**Tabelle 3: Einfache Berechnung von Schätzwerten für Vermögens- und Erbschaftssteueraufkommen die jeweils die top x% der Vermögen/Erbschaften mit y% besteuern.**

**Daten:** Verteilungsdaten aus Bach et al. (2015); Anzahl der Haushalte sowie Referenzperiode aus EZB (2013); nom. BIP für Referenzjahr aus der AMECO Datenbank; Für die Erbschaftssteuerberechnung wurden  $m=1,2\%$  und  $\mu=220\%$  angenommen, welche von Piketty (2011) auf Basis von Daten für Frankreich berechnet wurden. Mangels personenbezogener Daten zur Vermögensverteilung im HFCS erfolgt die Berechnung auf Basis von Haushaltsdaten.

Freibetrag 500.000, Steuersatz 1%	Freibetrag 1 Mio. EUR, Steuersatz 1%	Freibetrag 700.000, Steuersatz 700.00-2 Mio. 0,5%, 2-3 Mio. 1%, >3 Mio 1,5%	Freibetrag 1 Mio., Steuersatz 1-2 Mio. 0,7%, 2-3 Mio. 1%, >3 Mio 1,5%
6,8 Mrd. 2,2%	5,4 Mrd. 1,7%	7 Mrd. 2,3%	6,9 Mrd. 2,2%

**Tabelle 4: Tabelle 2: Vermögenssteueraufkommen für Österreich in EUR und in %BIP**  
**Daten: Eckerstorfer et al. (2014)**

Wie Tabellen 3 und 4 zeigen, kann das Aufkommenspotential vermögensbezogener Steuern bei entsprechender Wahl des Steuermodells durchaus beträchtlich sein. Je nach Land und Modell ergeben sich häufig Werte jenseits von 2% des BIP. Wenn wir vom Potential solcher Steuern sprechen, dann wäre es aber zu kurz gegriffen, lediglich über deren Aufkommen zu diskutieren und sie damit auf ihren Zweck zur Finanzierung des öffentlichen Sektors zu reduzieren. Vermögensbezogene Steuern haben – wie Steuern im Allgemeinen – die Eigenschaft Datentransparenz zu schaffen: Durch sie wird nicht nur erfasst, welche Vermögenswerte vorhanden sind, sondern auch wie konzentriert ihr Besitz ist. Wissen über letzteres ist vor allem deshalb relevant, weil Vermögen im Sinne „ökonomischen Kapitals“ (Bourdieu 1983) mit gesellschaftlicher Macht einhergeht: Wenn Vermögensbesitz sehr konzentriert ist, dann ist es kleinen Gruppen leichter möglich, politische Prozesse und öffentliche Diskurse ebenso zu beeinflussen wie Fragen des technologischen Wandels oder des sozialen Zusammenhalts. Vermögensbezogene Steuern spielen hier eine wichtige Rolle weil sie es ermöglichen, Konzentrationen zu erkennen und deren Implikationen zu diskutieren. Indem Steuern Politik und Öffentlichkeit eine Datengrundlage geben auf deren Basis Diskurse geführt und Entscheidungen getroffen werden können, spielen sie eine wichtige demokratiepolitische Rolle.<sup>3</sup>

Darüber hinaus können vermögensbezogene Steuern dazu eingesetzt werden, um Konzentrationsprozesse im Bereich der Vermögensbildung einzudämmen. So weist etwa Piketty (2014) darauf hin, dass progressive Steuerpolitik im Bereich der Einkommen eine wesentliche Ursache für die Phase der – historisch gesehen – vergleichsweise egalitären Prosperität der Nachkriegsjahre war. Eine Begrenzung der dem Vermögen inwohnenden Konzentrationstendenz ist dabei nicht nur aus den bereits angesprochenen demokratiepolitischen Überlegungen relevant, sondern auch für das

<sup>3</sup> Vgl. diesbezüglich Piketty (2014).

Ziel Chancengleichheit zu schaffen ein essenzieller Faktor. Schließlich haben Kinder aus wohlhabenden Familien einen nicht zu unterschätzenden Startvorteil in vielen Bereichen der persönlichen und beruflichen Entwicklung gegenüber jenen aus weniger wohlhabenden Verhältnissen. Studien zur sozialen Mobilität weisen in diesem Kontext dabei regelmäßig auf überraschende langfristige Kontinuitäten bestehender sozialer Stratifikation hin (siehe etwa: Barone & Mocetti 2016, Bowles & Gintis 2002, Clark 2015, Hartmann 2002).<sup>4</sup>

Nichtsdestotrotz ist die Idee einer egalitären Gesellschaft seit der Aufklärung ein grundlegender Teil westlicher Wertvorstellungen (Rosanvallon 2013). An diese Tradition anknüpfend haben die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften wiederholt die These untersucht, ob sich große oder zunehmende Ungleichverteilung auf verschiedenen Ebenen negativ auf die Entwicklung unserer Gesellschaft auswirken. Obwohl diesbezügliche Studien überwiegend auf Fragen der Einkommensverteilung fokussieren, scheint eine Verallgemeinerung auf Fragen der Vermögensungleichheit nicht zuletzt aufgrund des engen Zusammenhanges - Vermögen als Resultat von vergangenem Einkommen einerseits, sowie Vermögen als Basis für zukünftiges Einkommen andererseits - durchaus gerechtfertigt. So zeigen Wilkinson und Pikett (2007), dass gesellschaftliche Ungleichheit in direktem Zusammenhang mit sozialen Problemfeldern wie Bildungsperformance, Lebenserwartung, Selbstmordraten, mentalen Krankheiten, Inhaftierungsraten, Drogenkonsum, Fettleibigkeit, Teenager-Schwangerschaften und Fremdenfeindlichkeit steht. Dazu passend finden Oishi et al. (2011), dass sich gesellschaftliche Ungleichheit negativ auf die durchschnittliche Zufriedenheit der Bevölkerung auswirkt. Als Grund hierfür wird angeführt, dass in Zeiten hoher Ungleichheit das gegenseitige Vertrauen abnimmt und das Verhalten anderer tendenziell als weniger fair eingeschätzt wird. Nicht zuletzt hat die jüngste Krise auch gezeigt, dass zunehmende Ungleichverteilung zu einer wachsenden Instabilität der Finanzmärkte beiträgt: Neben einer sinkenden Güternachfrage – und damit schlechten Perspektiven für realwirtschaftliche Investitionen (vgl. Wisman 2013) – führt steigende Ungleichheit auch zu vermehrten Kreditausfällen und Solvenzproblemen am unteren Ende der Einkommensskala, während an dessen anderem Ende das anlagesuchende Kapital rascher zunimmt. Aus verteilungspolitischer Sicht ist es überdies wichtig zu

---

<sup>4</sup> So erhielten mehr als die Hälfte der reich verstorbenen AmerikanerInnen (top 1%) im Lauf ihres Lebens eine beträchtliche Erbschaft (vgl. Lafaye 2008).

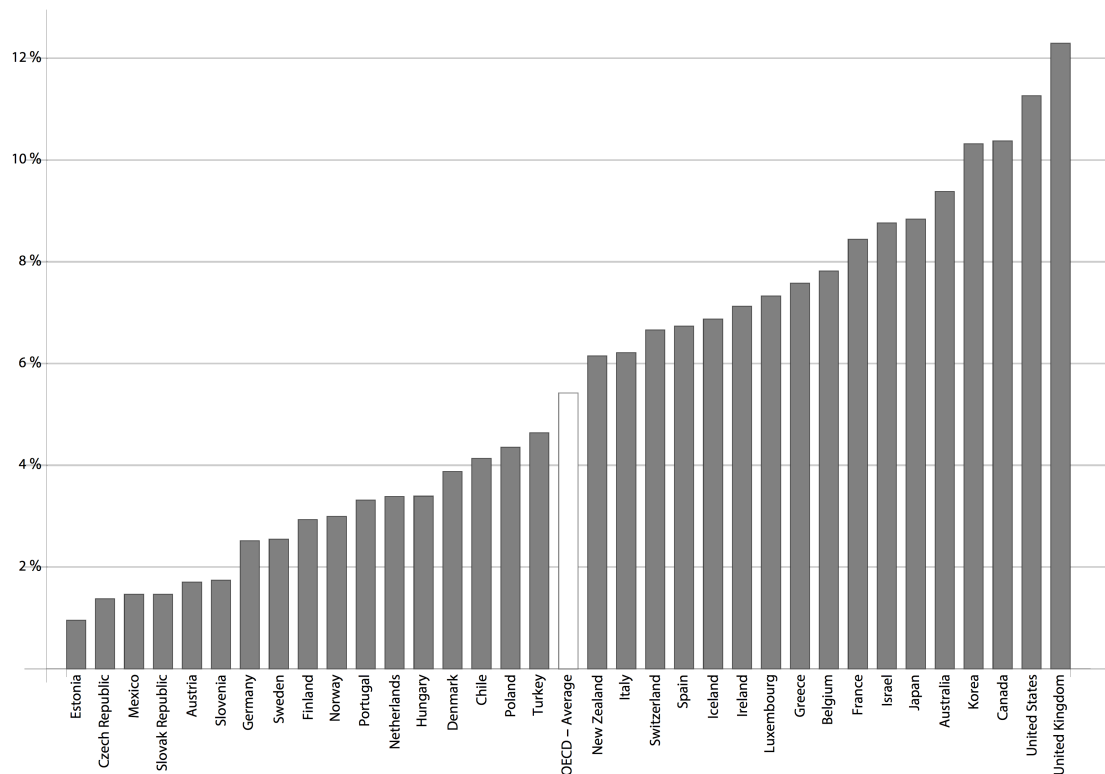
erkennen, dass Vermögenskonzentration in hohem Ausmaß auf Vermögensvererbung basiert und damit Erbschaftssteuern von zentraler Relevanz sind wenn es darum geht Konzentrationstendenzen entgegenzuwirken. Bei geerbtem Vermögen stellt sich zusätzlich aber auch die Frage nach dessen Legitimität, da dem Erwerb keine Leistung des Besitzers vorausgegangen ist und dies im Widerspruch zu meritokratischen Wertvorstellungen steht. Die Vererbung signifikanter Vermögen lässt sich daher am ehesten mit dem Verweis auf die Freiheit des Erblassers über sein Vermögen zu bestimmen und es seinen Nachfahren zugutekommen zu lassen rechtfertigen.

Das gesellschafts- und wirtschaftspolitische Potential von vermögensbezogenen Steuern beschränkt sich damit nicht allein auf die aus derartigen Steuern zu erwartenden Aufkommen, sondern liegt vor allem auch in der Möglichkeit die negativen sozialen und ökonomischen Folgen steigender Vermögens- und Einkommensungleichheit zu beschränken. Die Wirksamkeit einer solchen Herangehensweise hängt dabei natürlich auch vom Ausmaß der internationalen Koordination und Kooperation ab. Derzeit gibt es eine Vielzahl von Ländern, die Vermögen nur gering besteuern oder Informationen zu internationalen Vermögensbeständen nicht an Steuerbehörden anderer Länder weitergeben. Neue vermögensbezogene Steuern werden demnach umso effektiver sein, wenn sie international koordiniert eingeführt werden und gleichzeitig Offshore-Finanzplätze zu einem höheren Informationsaustausch gezwungen werden. Pikettys Vorschlag einer globalen Vermögenssteuer entspricht in diesem Zusammenhang einem politischen Ideal, das die Mobilität von Vermögen und den Wettbewerb um die Gunst der Vermögenden zu beschränken versucht. Die Bedeutung und Auswirkungen eines solchen „vermögenspolitischen Standortwettbewerbs“ zeigt sich dabei im Kontext einer Betrachtung der Tendenzen in der internationalen Vermögensbesteuerung, die im Zentrum des nachfolgenden Abschnitts steht.

### **3. Tendenzen der Vermögensbesteuerung**

Nachdem im letzten Kapitel die nationalen Potentiale und Möglichkeiten einer gezielten Vermögensbesteuerung aufgezeigt wurden wird im Folgenden die Entwicklung von vermögensbezogenen Steuern innerhalb der OECD Staaten analysiert. Die Besteuerung von Vermögenswerten stellt eine historisch gewachsene Säule des Besteuerungswesens dar, ohne aber jemals die Hauptlast der Besteuerung getragen zu haben: Auch in den angelsächsischen Ländern, die traditionell den größten relativen Anteil des gesamten

Steueraufkommens über substanzbezogene Steuern aufbringen, beträgt der Beitrag von Vermögenssteuern aller Art meist nicht viel mehr als 10% des gesamten Steueraufkommens (siehe Abbildung 2).



**Abbildung 2: Beitrag von vermögensbezogenen Steuern zum Gesamteueraufkommen im Jahr 2013**  
**Daten: OECD, Revenue Statistics; Summe aller vermögensbezogenen Steuern (Grund-, Erbschafts-, Schenkungs- und Nettovermögenssteuern).**

Abbildung 2 zeigt die Heterogenität der Rolle von vermögensbezogenen Steuern im internationalen Vergleich, die eine Reihe regionaler Spezifika aufweist: So liegt der Anteil der vermögensbezogenen Steuern am Gesamteueraufkommen in ost- und nordeuropäischen sowie lateinamerikanischen Ländern zumeist unter dem OECD-Schnitt, während sich angelsächsische und südeuropäische Ländern tendenziell über dem OECD-Schnitt bewegen.

Im Rahmen der Analyse der jüngeren historischen Entwicklung vermögensbezogener Steuern ist die wesentliche These dieses Beitrags, dass sich die Tendenzen der Vermögensbesteuerung, die im Folgenden am Beispiel der OECD-Länder diskutiert werden, am besten aus der Logik des internationalen Standortwettbewerbs heraus verstehen lassen (vgl. etwa Rodrik 2011). Die steigende Konkurrenz zwischen nationalen Produktionsstandorten um Investitionen und Arbeitsplätze hat dabei vor allem zwei Auswirkungen: Zum einen bringt diese Vorteile für besonders mobile

Produktionsfaktoren und Steuerträger, die von einem vergrößerten Handlungsspielraum profitieren. Zum anderen setzt der internationale Standortwettbewerb gerade für kleinere Ökonomien starke Spezialisierungsanreize um den hohen und stabilen Renteneinkommen internationaler Konzerne besondere regulatorische Vorteile zu bieten (Kapeller 2016). Dieser Standortwettbewerb geht dabei mit einer „sinkenden Grenzmoral des Wettbewerbs“ einher (Kapeller et al. 2016), da einzelne Länder versuchen ihre Gesetzgebung – etwa in Bereichen Arbeitsrecht, Steuerrecht oder Umweltschutz – selektiv und strategisch an die Interessen transnationaler Konzerne und Investoren anzupassen und so zu einer weitreichenden Deregulierung der globalen Wirtschaft beitragen. Dieses Phänomen wird am Beispiel des internationalen Netzwerks an Steueroasen (Zucman 2014) besonders deutlich, das auch Orientierungspunkte zur Bestimmung der quantitativen Bedeutung eines globalen regulatorischen Standortwettbewerbs liefert: So sind nach Zucman (2014, 49) etwa 8% des globalen Finanzvermögens – etwa 5.800 Milliarden € - verdeckt und steuerschonend im Schattenbanksystem der weltweiten Steueroasen geparkt. Diese Daten zeigen, dass die Frage regulatorischer Arbitrage im Steuerbereich in den letzten Dekaden dramatisch an Bedeutung gewonnen hat.

Vor dem Hintergrund dieses globalen Standortwettbewerbs, der sich auch als Wettbewerb um eine Vermögen und Gewinnen möglichst entgegenkommende Steuerpolitik erweist, ist nicht unbedingt zu erwarten, dass sich die im vorangegangenen Kapitel beobachteten steigenden Vermögenswerte und Kapitalbestände auch tatsächlich in höhere Aufkommen aus substanzbasierten Steuern übersetzen. Schließlich wirkt sich Steuerflucht nicht nur direkt auf das zu erwartende Steueraufkommen aus, sondern beeinflusst – als im Raum stehende Gefahr bzw. Bedrohung – indirekt auch den mittel- und langfristigen Kurs nationaler Steuerpolitiken.

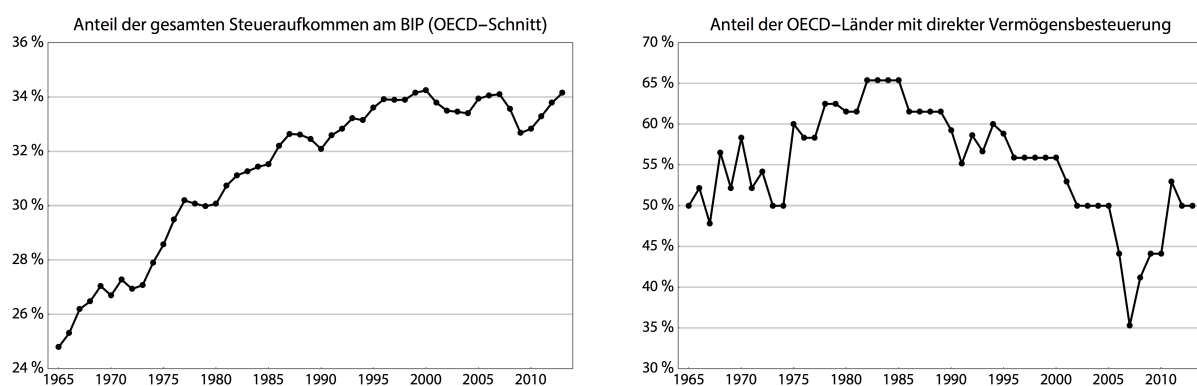
Die vergleichende Analyse der Rolle der Vermögensbesteuerung gestaltet sich dabei nicht nur aufgrund des spärlichen Datenmaterials als komplex, sondern wird auch durch die heterogene Ausgestaltung nationaler Steuerpolitiken erschwert. Im folgenden werden Daten der OECD Revenue Statistics<sup>5</sup> verwendet, um die Entwicklung vermögensbezogener Steuern im Zeitraum von 1965 bis 2013 näher zu beleuchten. Die

---

<sup>5</sup> Siehe <https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=REV>

OECD unterteilt die Steuereinnahmen der Mitgliedsstaaten in verschiedene Steuerklassen. Fokussiert man dabei zuerst auf die direkte Vermögensbesteuerung im engeren Sinne, also jedwede Besteuerung von Nettovermögen ohne Berücksichtigung von Erbschafts-, Schenkungs- und Grundsteuern, so zeigt sich, dass der Anteil der OECD-Länder, die eine solche direkte Substanzbesteuerung vornehmen (Abbildung 3, rechte Spalte), seit den 1980ern deutlich gesunken ist. Dieser Trend wurde erst durch die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise gestoppt und hat sich seitdem umgekehrt, wobei hier fürs Erste unklar bleibt, inwieweit die beobachteten Daten tatsächlich eine nachhaltige Trendwende widerspiegeln.

So ging der Anteil an OECD-Länder mit direkter Vermögensbesteuerung im Zeitraum zwischen 1980 und 2007 um fast die Hälfte zurück – und das, obwohl sowohl die besteuerten Vermögensbestände als auch die gesamten Steueraufkommen relativ zum BIP im selben Zeitraum substantiell angestiegen sind (linke Spalte). Somit deutet sich bereits an dieser Stelle an, dass es spätestens seit den 1980ern zu einer relativen steuerlichen Entlastung von privaten Vermögensbeständen gekommen ist.



**Abbildung 3: Anteil der gesamten Steueraufkommen am BIP im OECD Schnitt (linke Abbildung)**

**Entwicklung des gesamten Steueraufkommens und des Anteils der OECD-Länder mit direkter**

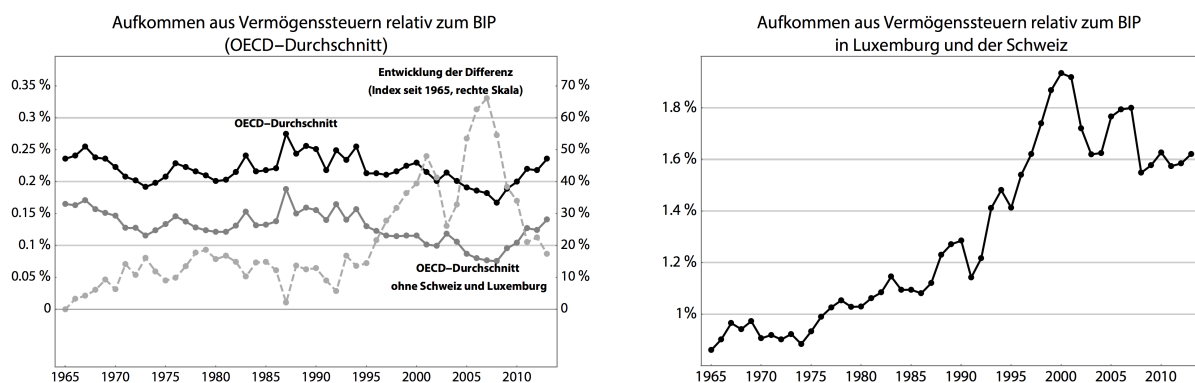
**Vermögensbesteuerung seit 1965 (rechte Abbildung)**

**Daten: OECD Revenue Statistics; „Vermögensbesteuerung“ bezieht sich dabei auf die Besteuerung von Nettovermögen ohne Erbschafts-, Schenkungs- und Grundsteuer (Summe der Variablen 4200, 4500 und 4600 in der OECD Revenue Statistics).**

Bei der Dekomposition des Gesamtsteueraufkommens wird klar, dass direkte Vermögenssteuern nur einen verschwindend kleinen Anteil am gesamten Steueraufkommen in OECD-Ländern haben. Im OECD-Durchschnitt erreichten die Einnahmen aus direkten Vermögenssteuern kaum jemals mehr als ein Viertelprozent des BIPs (siehe Abbildung 4, linke Spalte). Ein relativer Rückgang der Bedeutung von Vermögenssteuern lässt sich hier etwa ab Mitte der 1990er Jahre feststellen, wobei – ebenso wie in der vorangegangenen Darstellung – die Finanz- und Wirtschaftskrise zu



einer, zumindest kurzfristigen, Trendwende geführt hat. Von besonderer Bedeutung für die Interpretation der relevanten Daten vor dem Hintergrund der These des Standortwettbewerbs ist dabei die Rolle statistischer Ausreißer, also Ländern mit einer starken Tradition im Bereich der direkten Vermögensbesteuerung. Dieses Kriterium erfüllen interessanterweise vor allem die Schweiz und Luxemburg, die durchschnittlich mehr als 1% des BIP über direkte Vermögenssteuern lukrieren können und überdies in den Jahren vor der Finanz- und Wirtschaftskrise ein beträchtliches Wachstum im Bereich der direkten Vermögensbesteuerung verzeichneten (Abbildung 4, rechte Spalte). Diese Sonderrolle der Schweiz und Luxemburg haben daher auch einen starken Einfluss auf die (ungewichteten) Durchschnittswerte, weswegen Abbildung 4 die entsprechenden Werte auch ohne Berücksichtigung dieser beiden Länder ausweist. In dieser Betrachtung fällt das durchschnittliche Aufkommen aus direkten Vermögenssteuern nochmals rapide ab und erreicht in der Phase unmittelbar vor der Krise weniger als ein Zehntelprozent des BIP – ein Wert, der im Vergleich zum durchschnittlichen Gesamtsteueraufkommen von 34,1% des BIP zum selben Zeitpunkt überaus bescheiden anmutet. Interessant ist auch die Entwicklung der Differenz der beiden Durchschnitte (ebenso in Abbildung 4, linke Spalte), die exakt vor der Finanz- und Wirtschaftskrise ihren Höhepunkt verzeichnet. Diese Trendwende scheint dabei von gegenläufigen politischen Entwicklungen in der Schweiz und Luxemburg (Vermögensschwund und stärkere äußere Regulierungsanforderungen) bzw. im Rest der OECD-Länder (stärkerer fiskalpolitischer Handlungsdruck) getrieben zu sein.

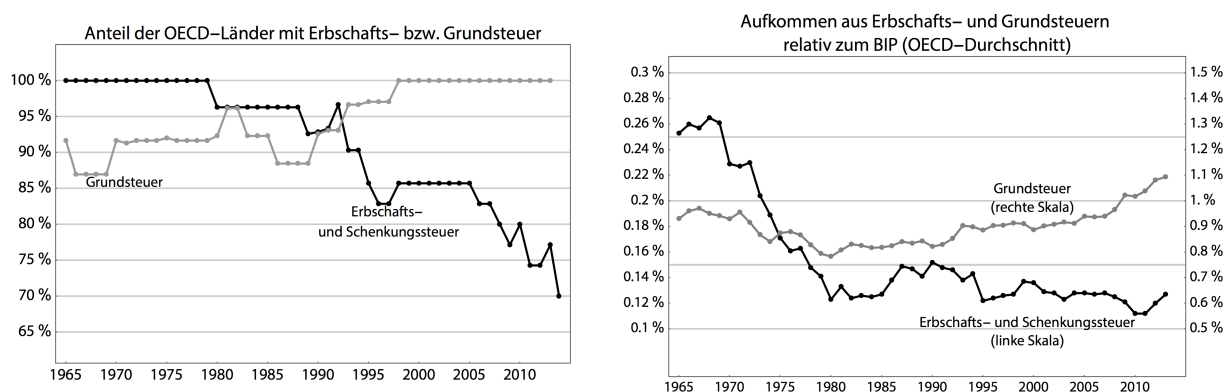


**Abbildung 4: Die Entwicklung direkter Vermögenssteuern innerhalb der OECD**  
**Daten: OECD Revenue Statistics; Definition von Vermögenssteuern analog zu Abbildung 5. Im Jahr 1996**  
**gab es in Griechenland eine hohe einmalige Vermögensabgabe, die hier nicht abgebildet wird**

Dieses Ergebnis fügt sich ausgezeichnet in den eingangs erwähnten Zusammenhang von Besteuerung und Standortwettbewerb: Einer kleinen Gruppe an Ländern (hier Schweiz

und Luxemburg) gelingt es, Vermögen(de) durch attraktive Steuermodelle anzuziehen und so trotz (bzw. gerade wegen) niedriger Steuersätze steigende Steuereinnahmen zu verbuchen, wohingegen andere Länder entweder aufgrund von Vermögensverlagerungen trotz höherer Besteuerung sinkende Einnahmen verbuchen oder eben aufgrund dieses Wettbewerbs die Besteuerung ebenfalls reduzieren bzw. darauf ganz verzichten.

Darüber hinausgehend ist in einer solchen Situation eines auch steuerpolitisch geführten Standortwettbewerbs zu erwarten, dass die Besteuerung von jenen Vermögensobjekten, die nicht durch Verlagerung der Besteuerung entzogen werden können und um die dementsprechend kein Steuerwettbewerb herrscht, tendenziell konstant bleibt oder sogar ansteigt um anderweitige Senkungen zu kompensieren. Genau dies lässt sich auch in der Auseinandersetzung mit den Daten der OECD beobachten, wobei im Folgenden die relative Bedeutung von (leichter umgehbaren) Erbschafts- und Schenkungssteuern mit jener der (schwerer umgehbaren) Grundsteuer verglichen wird (siehe Abbildung 5). Während der Anteil der OECD-Ländern mit Erbschafts- und Schenkungssteuern von ursprünglich 100% Ende der 1970er Jahre auf 70% im Jahr 2014 gefallen ist, liegt der Anteil der Länder mit einer Grundsteuer seit Mitte der 1990er Jahre stabil bei 100% (linke Spalte). Damit einhergehend steigen auch die Einnahmen aus Grundsteuern seit den 1980ern, während die Einnahmen aus Erbschafts- und Schenkungssteuern seit den 1960ern stark gefallen sind (rechte Spalte).



**Abbildung 5: Tendenzen in der Besteuerung von Erbschaften/Schenkungen und Grundstücken/Immobilien Daten: OECD Revenue Statistics; Grundsteuern (4100) und Erbschafts- und Schenkungssteuern (4300) nach OECD-Definition.**

Zusammenfassend lässt der hier vorgenommene Blick auf die Rolle vermögensbezogener Steuern im internationalen Vergleich drei zentrale Tendenzen erkennen: Erstens, ist bemerkenswert, dass der relative Beitrag von vermögensbezogenen Steuern zum gesamten Steueraufkommen bis zum Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise tendenziell rückläufig war, obwohl sowohl die Vermögensbestände als auch das gesamte Steueraufkommen relativ zum BIP stark angestiegen sind. Zweitens ist zu konstatieren, dass die These eines steuerpolitisch relevanten regulatorischen Standortwettbewerbs, nicht nur diese allgemeine Tendenz zu erklären vermag, sondern auch die beobachteten Ausnahmen – etwa im Fall Luxemburgs und der Schweiz oder im Kontext der Grundsteuer – verständlich machen kann. Drittens zeigt sich, dass die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise durchaus Spuren in der Organisation der Vermögensbesteuerung hinterlassen hat – wobei die Frage der Nachhaltigkeit dieser mancherorts eingeleiteten kriseninduzierten Trendwende an dieser Stelle unbeantwortet bleibt und wohl vorwiegend von politischen Entwicklungen entschieden werden wird.

#### **4. Resümee**

Ziel dieses Beitrages war es internationale Tendenzen im Bereich der Vermögensbesteuerung aufzuzeigen und darüber hinaus auch das Potential dieser Besteuerungsform genauer zu untersuchen. Im internationalen Vergleich zeigt sich, dass der Anteil vermögensbezogener Steuern am gesamten Steueraufkommen in den Jahrzehnten vor der Krise rückläufig war und erst seit der Krise wieder einem leichten Aufwärtstrend folgt. Damit befinden wir uns heute in einer Situation, in der die Steuereinnahmen aus vermögensbezogenen Steuern weit unterhalb ihres Potentials liegen. Dies stimmt insofern bedenklich, weil es bedeutet, dass öffentliche Ausgaben auf andere Weise finanziert werden müssen (siehe z.B. die hohen Abgaben auf Lohneinkommen) oder, dass Staaten zu Einsparungen bei öffentlichen Gütern gezwungen sind. Noch dramatischer mutet diese Entwicklung an, wenn wir sie vor dem Hintergrund nationaler und globaler Verteilungsentwicklungen betrachten. Die Herausbildung globaler ökonomischer Strukturen geht dabei mit einem zunehmenden Konzentrationsprozess an Vermögen, Kapital und Kontrolle einher, die zur Herausbildung einer globalen ökonomischen Elite führt, welche wesentliche Teile der globalen Vermögensbestände kontrolliert. Gerade weil wir es bei der Vermögensbildung und -konzentration mit einer Reihe selbstverstärkender Dynamiken zu tun haben, die

(zusätzlichen) Reichtum und Wohlstand vor allem jenen zuweisen, die bereits entsprechenden Wohlstand besitzen, mutet es fahrlässig an, eines der wenigen effektiven Gegengewichte in Form vermögensbezogener Steuern derart außer Kraft zu setzen. Will man hingegen der fortschreitenden Konzentration von Vermögen mit progressiver Besteuerung politisch entgegenzutreten, so wird die Frage der Vermögensbesteuerung durchaus entscheidend sein – auch bzw. gerade weil die effektive Umsetzung solcher Politiken von internationaler politischer Koordination und Kooperation besonders stark profitieren kann.

## **Literatur**

BACH/THIEMANN/Zucco (2015): The Top Tail of the Wealth Distribution in Germany, France, Spain, and Greece; in: DIW Discussion Paper, Nr 1502.

BARONE/MOCETTI (2016): Intergenerational mobility in the very long run: Florence 1427-2011; in: Bank of Italy Working Papers, Nr. 1060.

BOURDIEU (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital; in: KRECKL (Hg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2, Göttingen, S. 183 ff.

BOWLES/GINTIS (2002): The Inheritance of Inequality; Journal of Economic Perspectives, Nr. 16(3), S. 3 ff.

CLARK (2015): The Son Also Rises: Surnames and the History of Social Mobility, Princeton University Press.

CREDIT SUISSE RESEARCH INSTITUTE (2015): Global Wealth Report 2015, Zürich.

DAVIES/SHORROCKS (2000): The distribution of wealth; in: Handbook of Income Distribution, Kapitel 11, Berlin: Springer, S. 605 ff.

ECKERTORFER/ HALAK/KAPELLER/SCHÜTZ/SPRINGHOLZ/WILDAUER (2014): Die Vermögensverteilung in Österreich und das Aufkommenspotential einer Vermögenssteuer; in: Wirtschaft und Gesellschaft, Nr. 40(1), 63 ff.

ECKERTORFER/ HALAK/KAPELLER/SCHÜTZ/SPRINGHOLZ/WILDAUER (2015): Correcting for the missing rich: An application to wealth survey data; in: Review of Income and Wealth, DOI: 10.1111/roiw.12188.

- EZB (2013): The Eurosystem Household Finance and Consumption Survey: Methodological Report for the First Wave; in: Statistical Paper Series, Nr. 1, April 2013.
- FESSLER/MOOSLECHNER/SCHÜRZ (2012): Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010 Erste Ergebnisse für Österreich; in: Geldpolitik und Wirtschaft, Nr. 3/2012, S. 26 ff.
- HARTMANN (2002): Der Mythos der Leistungselite, Frankfurt: Campus.
- KAPELLER (2014): Die Rückkehr des Rentiers. Rezension zu Thomas Pikettys Capital in the 21st century; in: Wirtschaft und Gesellschaft, Nr. 40(2), 329 ff.
- KAPELLER (2016): Internationaler Freihandel: Theoretische Ausgangspunkte und empirische Folgen; in: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Zeitschrift, Nr. 39(1), 99 ff.
- KAPELLER/SCHÜTZ (2015): Verteilungstendenzen im Kapitalismus – Nationale und globale Perspektiven; in: Kurswechsel, Nr. 2/2015, 54 ff.
- KAPELLER/SCHÜTZ/TAMESBERGER (2016): From Free to Civilized Trade: A European Perspective; in: Review of Social Economy, Nr. 74(3), 320 ff.
- LAFAYE (2008): An ethics of inheritance; in: Philosophy Today, Nr. 52(1), 25 ff.
- MARX (1957): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Stuttgart: Kröner Verlag.
- OeNB (2016): Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2014: Erste Ergebnisse für Österreich (zweite Welle), URL: [https://www.hfcs.at/dam/jcr:f1c6641e-f691-426b-a690-1da5cbf0203d/HFCS%20Erste%20Ergebnisse%20Juni\\_16.pdf](https://www.hfcs.at/dam/jcr:f1c6641e-f691-426b-a690-1da5cbf0203d/HFCS%20Erste%20Ergebnisse%20Juni_16.pdf).
- OISHI/KESEBIR/DIENER (2011): Income Inequality and Happiness; in: Psychological Science, Nr. 22(9), 1095 ff.
- PIKETTY (2011): On the long-run evolution of inheritance: France 1820-2050; in: The Quarterly Journal of Economics, Nr. 126(3), 1071 ff.
- PIKETTY (2014): Capital in the Twenty-First Century, Harvard University Press, Cambridge MA, London.

PIKETTY/SAEZ (2013): A theory of optimal inheritance taxation; in: *Econometrica*, Nr. 81(5), 1851 ff.

PIKETTY/ZUCMAN (2014): Capital is Back: Wealth-Income Ratios in Rich Countries 1700-2010; in: *The Quarterly Journal of Economics*, Nr. 129(3), 1255 ff.

RIGNEY (2010): *The Matthew effect - How advantage begets further advantage*, New York: Columbia University Press.

RODRIK (2011): *The Globalization Paradox*, New York.

ROSANVALLON (2013): *Die Gesellschaft der Gleichen*, Hamburg, Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung.

SAEZ/ZUCMAN (2016): Wealth Inequality in the United States since 1913: Evidence from Capitalized Income Tax Data; in: *The Quarterly Journal of Economics*, Nr. 131(2), 519 ff.

VERMEULEN (2014): How fat is the top tail of the wealth distribution? in: *ECB Working Papers*, Nr. 1692.

VERMEULEN (2016): Estimating the top tail of the wealth distribution; in: *ECB Working Papers*, Nr. 1907.

WILKINSON/PICKET (2007): The problems of relative deprivation: why some societies do better than others; in: *Social Science and Medicine*, Nr. 65(9), 1965 ff.

WISMAN (2013): Wage stagnation, rising inequality and the financial crisis of 2008; in: *Cambridge Journal of Economics*, Nr. 37(4), 921 ff.

ZUCMAN (2014): *Steuerparadiese – Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird*, Frankfurt: Suhrkamp.